

### 3. vereinfachte Änderung

M.=1:500

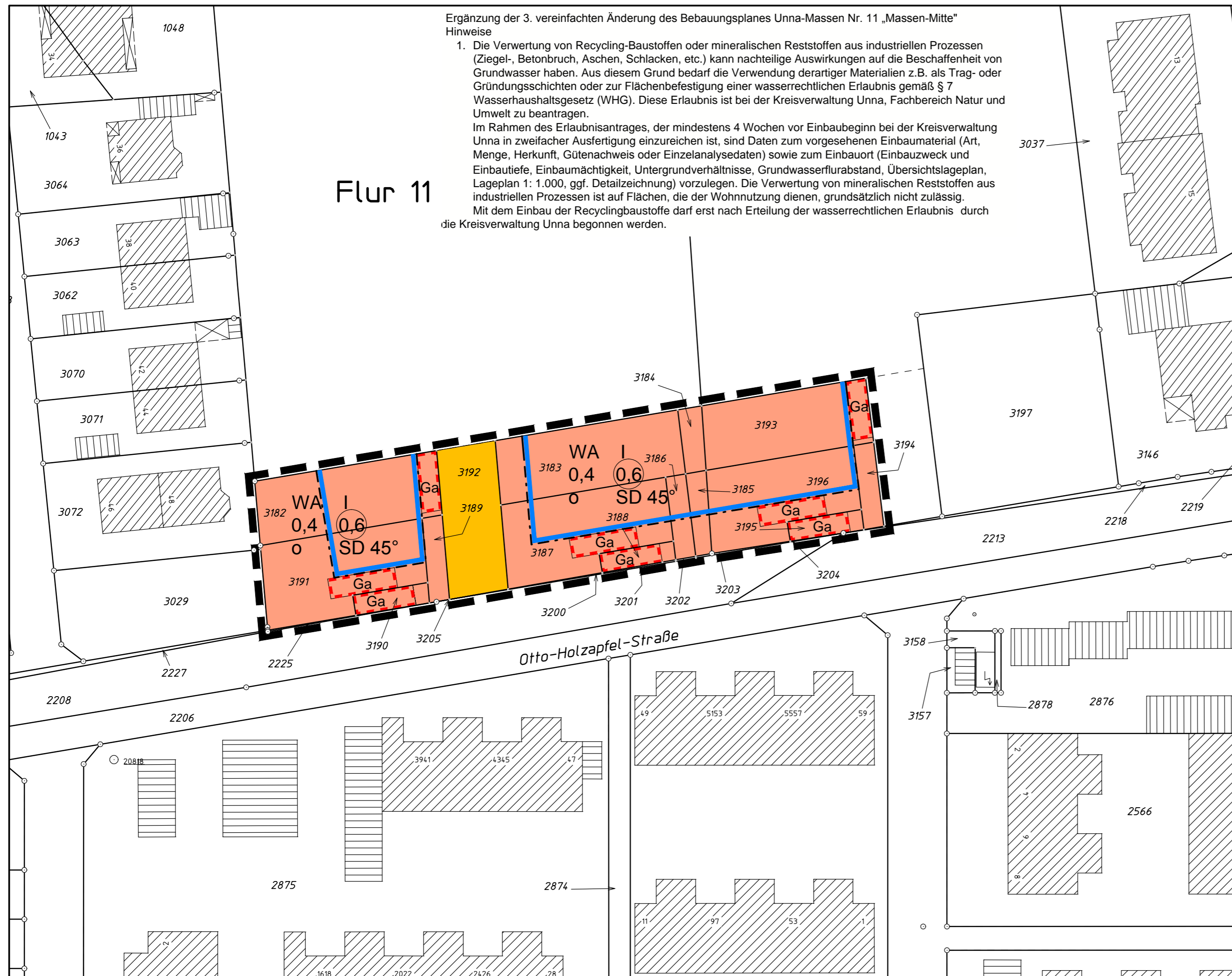
### Flur 11

Ergänzung der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Unna-Massen Nr. 11 „Massen-Mitte“  
Hinweise

1. Die Verwertung von Recycling-Baustoffen oder mineralischen Reststoffen aus industriellen Prozessen (Ziegel-, Betonbruch, Aschen, Schlacken, etc.) kann nachteilige Auswirkungen auf die Beschaffenheit von Grundwasser haben. Aus diesem Grund bedarf die Verwendung derartiger Materialien z.B. als Trag- oder Gründungsschichten oder zur Flächenbefestigung einer wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß § 7 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Diese Erlaubnis ist bei der Kreisverwaltung Unna, Fachbereich Natur und Umwelt zu beantragen.

Im Rahmen des Erlaubnis-Antrages, der mindestens 4 Wochen vor Einbaubeginn bei der Kreisverwaltung Unna in zweifacher Ausfertigung einzureichen ist, sind Daten zum vorgesehenen Einbaumaterial (Art, Menge, Herkunft, Gütenachweis oder Einzelanalysedaten) sowie zum Einbauort (Einbauzweck und Einbautiefe, Einbaumächtigkeit, Untergrundverhältnisse, Grundwasserflurabstand, Übersichtslageplan, Lageplan 1: 1.000, ggf. Detailzeichnung) vorzulegen. Die Verwertung von mineralischen Reststoffen aus industriellen Prozessen ist auf Flächen, die der Wohnnutzung dienen, grundsätzlich nicht zulässig.

Mit dem Einbau der Recyclingbaustoffe darf erst nach Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis durch die Kreisverwaltung Unna begonnen werden.



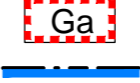

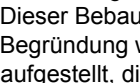
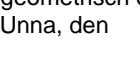


#### Rechtsgrundlage

§ 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666, SGV. NRW S. 2023) zuletzt geändert durch Artikel 21 des Dritten Gesetzes zur Befristung des Landesrechts Nordrhein Westfalen vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 306).  
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I, S. 137), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.06.2004 (BGBl. I S. 1359).  
Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) -BauNVO- in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 in der Änderung vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466, 479).  
5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58).  
Neufassung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung vom 01.03.2000 (GV NRW, S. 256).

Textl. Festsetzungen siehe Originalbebauungsplan

#### Zeichenerklärung:

	Allgemeine Wohngebiete	I	Zahl der Vollgeschosse
	Öffentliche Straßenverkehrsflächen	0,4	Grundflächenzahl
	Flächen für Garagen	0,4	Geschoßflächenzahl als Höchstmaß
	Baugrenze	SD	Satteldach
	Begrenzung des Änderungsbereiches	45°	Dachneigung
		O	Offene Bauweise

Erarbeitung des Planentwurfes  
Dieser Bebauungsplan und die dazu gehörende Begründung wurden vom Stadtplanungsamt Unna aufgestellt, die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.  
Unna, den

Der Rat der Stadt Unna hat am 30.06.2005 nach § 10 des BauGB die 3. vereinfachte Änderung dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Unna, den

Der Bürgermeister

Die 3. vereinfachte Änderung dieses Bebauungsplanes einschließlich der Begründung hat nach Billigung durch den ASBV der Stadt Unna am 09.03.2005 in der Zeit vom 06.05.2005 bis 06.06.2005 gem. § 3(2) BauGB öffentlich ausgelegt. Gleichzeitig wurden die Behörden und Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Die 3. vereinfachte Änderung dieses Bebauungsplanes ist am 12.08.2005 nach § 10(3) des BauGB ortsüblich mit Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung bekanntgemacht worden.

Unna, den

Unna, den

Der Bürgermeister, in Vertretung  
Techn. Beigeordneter

Der Bürgermeister